P. HIRTH / TRANSIT

Demonstrierende Arbeiter der Werkstoff-Union: Warum griff der Minister nicht ein?

Subventionsbetrug

Zweite Alternative

Akten belegen: Das Dresdner Wirtschaftsministerium war früh vom Verdacht auf Subventionsbetrug gegen die Werkstoff-Union informiert.

Immer wenn Waldo Mazelis, Berater des sächsischen Wirtschaftsministeriums, bei der Werkstoff-Union in Lippendorf vorbeischaute, hatte Geschäftsführer Friedrich Bender plötzlich viel zu tun und für den Besucher aus Dresden ganz wenig Zeit.

Kein Wunder: Der Ingenieur und Volkswirt sollte – im Frühjahr 1994 – im Auftrag des Ministeriums herausfinden, ob bei der Firma, in der rund 225 Millionen Mark staatliche Beihilfen steckten, alles seine Ordnung hat.

Mazelis kamen rasch Zweifel, die er seinem Auftraggeber auch mitteilte. „Obwohl bereits 180 Millionen Mark Investitionen geflossen sein sollen, sind die in Lippendorf sichtbaren Investitionen höchstens auf fünf Millionen Mark zu schätzen“, vermerkten Beamte des Wirtschaftsministeriums im Februar 1994 nach einem Besuch von Mazelis. Im sächsischen Lippendorf nahe Leipzig baute die Werkstoff-Union an einer nagelneuen Fabrik zur Metallveredelung.

Die Staatsdiener waren alarmiert. Doch erst seit Mai dieses Jahres ermittelt die Staatsanwaltschaft Leipzig in Sachen Werkstoff-Union: Über Scheinrechnungen sollen der Investor Gerhard Fischer, ein Schweizer Kaufmann, und seine Firma Intercept zweistellige Millionen-Beträge aus dem Unternehmen herausgezogen haben (SPIEGEL 31/1996). Fischer bestreitet das.

Im März ging die Werkstoff-Union in Konkurs. Seither halten Mitarbeiter das Unternehmen besetzt, am vergangenen Donnerstag demonstrierten sie vor der Zentrale der Sächsischen Landesbank und auf dem Werksgelände.

Dem Freistaat Sachsen wäre die Affäre, die sich zu einem der größten Subventionsskandale im Osten auszuweiten droht, womöglich erspart geblieben, wenn das Dresdner Wirtschaftsministerium sich rechtzeitig eingeschaltet hätte.

Den Ministerialen waren bereits im Frühjahr 1994 nicht nur „Andeutungen und Gerüchte“ zu Ohren gekommen, wie Sachsens Wirtschaftsminister Kajo Schommer (CDU) nach Bekanntwerden der Ermittlungen behauptete, sie verfügten vielmehr über konkrete Hinweise auf dunkle Machenschaften im Management.

E. LAUE / ASPECT

Wirtschaftsminister Schommer
„Gerüchte und Andeutungen“

Nicht nur Berater Mazelis war bei der Firma auf eine Reihe von Ungereimtheiten gestoßen. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft C & L Treuarbeit drängte das Wirtschaftsministerium nach Prüfungen von Bauaufträgen der Werkstoff-Union im März 1994 sogar, „die Unterlagen der Staatsanwaltschaft zu übergeben“, wie aus einem internen Vermerk des Wirtschaftsministeriums hervorgeht.

Die Treuarbeit-Prüfer hatten festgestellt, daß von der Werkstoff-Union „Aufträge an zwei Unternehmen gegeben wurden, deren Qualifikation nicht erkennbar ist“. Die Firma Engineering Trading Industrie-Consulting, die für die Errichtung der Werkshalle 50,2 Millionen bekam, war bei den Banken, so fand die Treuarbeit heraus, gerade mal für 5000 Mark Kredit gut.

Ins Grübeln brachten die Treuarbeiter auch Millionen-Aufträge für Dienstleistungen an Schweizer Kleinunternehmen, die meist über die Treuhandgesellschaft eines Fischer-Geschäftspartners verbunden sind. „Die den Auszahlungen zugrunde liegenden Verträge entsprechen hinsichtlich der Form, Klarheit, Bestimmtheit und Preisgestaltung nicht dem Üblichen“, hielten die Prüfer fest.

Diese Erkenntnisse stuften Schommers Ministerialbeamte offenbar als so brisant ein, daß sie selbst weitere Nachforschungen anstellten, den Minister unterrichteten und „vorsichtig“, wie es in einem Vermerk heißt, den Hauptkreditgeber der Werkstoff-Union, die Bayerische Landesbank, informierten.

Doch die Münchner Landesbanker maßen den Verdachtshinweisen aus Dresden offenbar keine Bedeutung bei. Dem Ministerium teilten sie lapidar mit, es gebe „keinen Zweifel an der Verläßlichkeit und Kompetenz von Herrn Fischer“.

Für die Münchner war der Investor ein durch und durch honoriger Mann. In einer Sitzung aller Kreditgeber-Banken der Werkstoff-Union, neben der Bayerischen die Berliner und die Sächsische Landesbank, erklärte der Bayerische Landesbanker Werner Lamminger laut Sitzungsprotokoll: Für ihn habe es „bezüglich der von uns vertraulich überlassenen Notiz des Wirtschaftsministeriums nur die Alternative gegeben, diese Information in den Papierkorb zu werfen oder kommentarlos dem Beschuldigten Herrn Fischer zu überlassen. Er habe sich für die zweite Alternative entschieden“.

Warum der Wirtschaftsminister seinerseits untätig blieb, ist sein Geheimnis.